

3944/J XXI.GP

Eingelangt am: 23.05.2002**ANFRAGE**

der Abgeordneten Lapp
und Genossen
an den Bundesminister für Inneres
betreffend **Schutz auch behinderter TrafikantInnen vor Überfällen**

Der Anstieg bei Überfällen auf Trafiken hat in den vergangenen Monaten ein alarmierendes Ausmaß angenommen. Um bis zu 70 Prozent ist heuer im ersten Quartal die Zahl der Trafiküberfälle gestiegen.

Rund 1.300 Trafiken gibt es in Wien, 3.200 sind es österreichweit. Rund 50 Prozent der Geschäftsinhaber sind behinderte Menschen, die bei Überfällen natürlich besonders gefährdet und hilflos sind. Für behinderte TrafikantInnen sind daher besondere Schutzvorkehrungen zu treffen.

In der Kronen-Zeitung vom 3. Mai 2002 werden als empfohlene Gegenmaßnahmen Videoüberwachungen und Wachhunde zur Abschreckung beispielhaft aufgezählt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an den Bundesminister für Inneres nachstehende

Anfrage:

1. Was gedenken Sie konkret zu tun, besonders anlässlich der jüngsten Serie von Trafik-Überfällen, um behinderte TrafikantInnen vor Überfällen besser zu schützen?
2. Gibt es spezielle polizeiliche Schutzprogramme, Beratungs- und Schulungsmaßnahmen für behinderte TrafikantInnen? Wenn ja, welche? Wenn nein, warum nicht?
3. Welche Maßnahmen und Programme wurden bereits ins Leben gerufen?
4. Welche Maßnahmen und Programme werden in naher Zukunft gesetzt werden?
5. Was wird konkret im Bereich Videoüberwachung und Wachhunde umgesetzt?
6. Gibt es hier Unterstützungsmöglichkeiten, Förderungen, Zuschüsse etc. speziell für behinderte TrafikantInnen?